Bezugsgebühr
vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Annahme der Ankündigungen: Werktags bis 8 Uhr Vorm., Sonntags v. Vorm. 11–½12 Uhr Mitt. Für Nachdr.: Gr. Klostergs. 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile gewöhnl. 8 Silben 15 Pfg., Ankündigungen auf der Urbatteile Seite 20 Pfg., Doppelzeile unterm Strich (Singesandt) 40 Pfg. Grundzeile für Montage oder nach Festtagen 20 Pfg. Für Familiennachrichten (z. B. Geb., Verl., Todesfälle) 10 Pfg. nach besonderem Tarif.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an.
Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Richtigkeit eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

41. Jahrgang. Dresden, 1896.

Lobeck & Co.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf Altmarkt 2.

Photographische **Apparate** in reichster Auswahl bei **Emil Wünsche** Moritzstr. 20 (Nähe der Maximilians-Allee).
Ausführlicher Catalog nach auswärts gegen 20 Pfg. in Briefmarken.

WEIN-Handlung -Stuben Portikus a. d. Markthalle
Max: Kunath, Wallstr. 8.

L. Weidig, Waisenhausstr. 34.
Wegen vorgerückter Saison
— bedeutende Preisermässigung —
meines grossen Lagers elegant garnirter Damenhüte.

Modernste Wiener **Corsets** aus dem berühmten Mieder-Atelier „Palerma" in Wien
Heinrich Plaul, Hoflieferant Wallstr. 25.

Regenschirme in grösster Auswahl. Schirmfabrik **C. A. Petschke,** Wilsdrufferstr. 17. Annenstr. 9 (Stadthaus).

Nr. 359. Spiegel: Das neue Börsengesetz. Hofnachrichten. Sonntagsruhe. Richterjubiläum. Todte 1896. Bezirksausschuß. Gerichtsverhandlungen. Musikfeste, Kammermusikabend, Stübel-Brunnen. | Muthmaßliche Witterung: Milder. Niederschläge. | **Mittwoch, 30. Dezbr.**

An die geehrten Leser!

Bei der bedeutenden Auflage der „Dresdner Nachrichten" ist es nothwendig, die Bestellungen auf das

erste Vierteljahr 1897

bei dem betreffenden Postamte **sofort** bewirken zu wollen, da andernfalls auf ungestörte Fortlieferung bez. rechtzeitige Neulieferung des Blattes nicht gerechnet werden könnte.

Die Bezugsgebühr beträgt bei den **Kaiserl. Postanstalten** im Reichsgebiet **vierteljährlich 2 Mark 75 Pf.**, in Oesterreich-Ungarn **2 Fl. 53 Kr.** und im Auslande **2 Mark 75 Pf.** mit entsprechendem Postzuschlage.

Alle Postanstalten im Deutschen Reiche, in Oesterreich-Ungarn und im Auslande nehmen Bestellungen auf unser Blatt an.

Für **Dresden** nimmt die unterzeichnete Geschäftsstelle während der Dienststunden Bestellungen zum Preise von **2 Mark 50 Pf.** (einschließlich Bringerlohn) entgegen.

Neu- und Abbestellungen, sowie die Anzeigen über erfolgte **Wohnungsveränderungen** in Dresden, wolle man entweder **persönlich** anbringen oder **schriftlich** — nicht durch Fernsprecher — an die Geschäftsstelle gelangen lassen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten", Marienstraße 38, Erdgeschoß.

Politisches.

Das neue Börsengesetz, das am 1. Januar 1897 im vollen Umfang in Kraft tritt, nachdem ein kleinerer Theil bereits am 1. Juli ds. Js. Geltung erlangt hat, entfesselt noch im letzten Augenblick einen solchen Sturm von persönlich zugespitzter Erregung in den Kreisen der betroffenen Handelswelt, daß dem unparteiischen Beobachter angesichts der großen sachlichen Gesichtspunkte des Gegenstands unwillkürlich das Wort in den Sinn kommt: „Vous vous fâchez, messieurs, vous avez tort!" „Sie ereifern sich, meine Herren, folglich sind Sie im Unrecht!" In den Börsenblättern wird auf den Kern der Sache überhaupt nicht eingegangen. Man gefällt sich statt dessen in Versicherungen, daß die allgemeine Stimmung in Börsenkreisen tagtäglich erbitterter werde, daß kein Mensch sich in das Börsenregister werde eintragen lassen, daß kein Angehöriger des Handelsstands die Zumuthung ertragen könne, sei es an den Wahlen für die Börsenorgane theilzunehmen oder sich zu einem Amte an der Börse wählen zu lassen. In Berlin wird die Stimmungsmache sogar soweit getrieben, daß die bisherigen Lokalitäten der Produktenbörse, die bei der bevorstehenden Neuregelung vornehmlich in Frage kommt, in Acht und Bann gethan werden sollen. Man will sich in Zukunft anderer Räume für den Abschluß von Geschäften bedienen. Außerdem scheint eine allgemeine Agitation nach der Richtung im Gange zu sein, daß die bisherige Organisation der Produktenbörsen aufzulösen und an ihre Stelle freie Vereinigungen zu setzen seien, die die Abwickelung der bisher an der Börse vermittelten Geschäfte zu übernehmen hätten. Nach den Aeußerungen der betheiligten Blätter zu schließen, hofft man in Börsenkreisen auf diesem Wege dem Gesetze ein Schnippchen schlagen zu können. Ja, ein Berliner Börsenorgan hatte sogar die Naivetät, ganz offen zu erklären, daß ein sicheres Mittel zur Umgehung des Gesetzes bereits gefunden sei, daß man aber auf seine öffentliche Bekanntgabe verzichte, um nicht der Regierung Anlaß zum Einschreiten zu geben. Inzwischen sind freilich die Anhänger der „freien Vereinigungen" bereits aus der Täuschung gerissen worden, daß die bloße Herausnahme des verbotenen Terminhandels aus dem formalen Rahmen der bisherigen Börsenorganisation die Anwendung des Gesetzes verhindern könne. Es ist offiziös mit dankenswerther Promptheit und Deutlichkeit alsbald festgestellt worden, daß es lediglich auf den wirthschaftlichen Charakter der fraglichen Geschäfte ankomme, um die Anwendbarkeit des Gesetzes zu begründen. Wenn also die Börseninteressenten gehofft hatten, mit der Auflösung der Produktenbörse das Gesetz umgehen zu können, so sind sie „schief gewickelt" gewesen. Die weitere Erwartung, die von den Gegnern des neuen Gesetzes an die in Rede stehende Maßregel geknüpft wurde, daß nämlich der Erlaß der neuen Börsenordnungen dadurch verzögert werden würde, hat sich auch nicht verwirklicht. Wie nämlich die „Post" zu berichten weiß, sind die Börsenordnungen für sämmtliche preußischen Börsenplätze vom preußischen Handelsminister nunmehr genehmigt worden, und die Börsenpresse wird daher nicht länger aus der Verzögerung der Genehmigung Kapital schlagen können. Im Uebrigen ist ein Kampf mit solchen Mitteln vollkommen zwecklos; denn daß dadurch die Wirksamkeit des Gesetzes auch nicht einen Augenblick aufgehoben werden kann, braucht nicht erst bewiesen zu werden, weil es augenfällig ist.

Die augenblickliche Haltung eines großen Theils der Handelskreise gegenüber der mit dem 1. Januar eintretenden Neuordnung der Börsenverhältnisse kann nur dazu dienen, die Stimmung auch im entgegengesetzten Lager zu verschärfen und so in die Formen, unter denen die unvermeidlichen Auseinandersetzungen hüben und drüben erfolgen, noch einige Grau Grobkörnigkeit mehr hineinzutragen. An der Thatsache selbst aber, daß die einmal im Zuge befindliche Entwickelung, die dem Erzeuger und Verzehrer Schutz gegenüber der Spekulation gewährt, ihren Fortgang nehmen und ihren Abschluß finden wird, vermag alles Sträuben und Stoßen nichts mehr zu ändern. Mit leidenschaftlichen Deklamationen über „unerhörte Zumuthungen" und „Vergewaltigungen" kommt man nicht um das wesentliche Moment herum, daß die Terminspekulation eine der Ursachen ist, die eine natürliche Bildung der Getreidepreise bislang verhindert haben. Allein freilich ist die Spekulation an diesem wirthschaftlichen Uebel nicht schuld. Es kommen neben ihr auch noch der überseeische Wettbewerb, der Fortschritt in den überseeischen Erzeugungs- und Lieferungsbedingungen, sowie die Währungsverhältnisse in Betracht. Das mag in diesem Zusammenhange nochmals ausdrücklich festgestellt werden, um von vornherein dem oft gehörten Vorwurfe der Börsianer zu begegnen, daß die Freunde eines geordneten Erwerbslebens dem börsenmäßigen Spielgeschäft alle wirthschaftlichen Sünden ohne Ausnahme aufhalsen wollten. Glaubte doch noch dieser Tage im preußischen Herrenhause der Oberbürgermeister von Breslau die Gegner der Terminspekulation dadurch ad absurdum führen zu können, daß er sagte: „Meine Herren! Sie wünschen höhere Preise für Ihre Produkte und glauben, die Börsen allein seien schuld daran, daß die Preise nicht höher sind." Immerhin hat aber auch die Spekulation für sich allein der Preisbildung so erhebliche Nachtheile zugefügt, daß ihre uneingeschränkte Herrschaft im nationalen Interesse nicht ferner geduldet werden konnte. Stets wenn die Ernte in den Scheuern lag, pflegte die Spekulation die Preise zu drücken, um den Erzeuger zur Abgabe um wenig Geld zu nöthigen. Sobald sie dann aber das Korn im Sacke hatte, wurden die Preise in die Höhe geschnellt, und die Verzehrer mußten die Taschen der Spekulanten füllen. Noch jetzt unmittelbar vor Thoresschluß hat dasselbe Spiel stattgefunden. Der preußische Landesökonomierath v. Mendel-Steinfels hat nachgewiesen, daß die Preisnotirungen an den Produktenbörsen zu Berlin, Magdeburg und Halle in der letzten Zeit hinter den wirklich gezahlten Preisen um 20 bis 35 M. zurückgeblieben sind.

Solche unlautere Manöver auf dem Gebiete der Preisbildung für Getreide will sich die öffentliche Meinung in Zukunft nicht mehr gefallen lassen. Es soll fortan eine ehrliche Preisfeststellung stattfinden: das ist der kurze und bündige Ausdruck des Geistes, in dem das neue Börsengesetz zustande gekommen ist. Dieser verbesserte Zustand wird nicht nur den Erzeugern und Verzehrern zugute kommen, sondern ebensowohl den Effektivhändlern, die, wie die „Kreuz-Ztg." bemerkt, durch die Machinationen der Jobber sehr oft ebenso empfindlich getroffen worden sind, wie die produzirende Landwirthschaft. Soweit daher in dem neuen Börsengesetz die Bestimmungen über die Produktenbörse in Frage stehen, ist als der Hauptzweck des Gesetzes die reinliche Scheidung zwischen bloßen Jobbern und wirklichen Interessenten zu bezeichnen. Aus diesem Grunde ist von den Vertretern der Landwirthschaft auf Grund des § 4 des Gesetzes, der eine dahin zielende Verfügung der Landesregierung offen läßt, verlangt worden, daß die Produktenbörsen von den Fondsbörsen getrennt werden und im Vorstande der so geschaffenen besonderen Produktenbörsen Handel, Landwirthschaft und Müllerei durch je ein Drittel der Mitglieder vertreten sein sollen. Auch diese Forderung der an einer reellen Preisbildung an der Produktenbörse interessirten Kreise wird in absehbarer Zeit ihre Erfüllung finden; darüber lassen die Erklärungen, die jüngst von der preußischen Regierung in der Sache abgegeben worden sind, keinen Zweifel. Im preußischen Herrenhause äußerte sich der Landwirthschaftsminister bei der Beantwortung einer den Gegenstand betreffenden Interpellation in dem Sinne, daß, soweit ihm eine Einwirkung auf die Organisation der Börsen zustehe, er bereits dahin gewirkt habe und auch fernerhin dahin zu wirken suchen werde, daß eine Trennung zwischen Produkten- und Fondsbörse zur Durchführung gelange. Ihm sekundirte der Handelsminister durch das Zugeständniß, daß die beantragte Trennung der beiden Börsen von vielen Seiten in sehr einleuchtender Weise begründet worden sei und daß er seinerseits sehr gern bereit sei, dem geäußerten Wunsche nach Möglichkeit gerecht zu werden. Nur könne er sich nicht dafür verbürgen, daß die Erfüllung überall sich werde machen lassen. Nur das Eine könne er mit Bestimmtheit sagen, daß es bis zum 1. Januar n. J. nicht gehen werde.

Jene Erklärungen der preußischen Minister für Handel und Landwirthschaft haben die Erregung in Handelskreisen noch bedeutend vergrößert. Die „Nat.-Ztg." wird besonders heftig, indem sie von „sachunkundigen Ministern, subalternen Parlamentariern und bankerotten Junkern" spricht, die mit den Interessen und dem Rufe des Handelsstands umgingen, wie es keinem anderen Berufsstande gegenüber geschehe. Es ist wirklich schwer verständlich, daß das genannte Blatt sich soweit hat hinreißen lassen. Die Herren, die jetzt so gereizt denken und schreiben, sollten doch nicht vergessen, daß ein oberster liberaler Grundsatz die Beseitigung der Standesprivilegien ist, zu denen unzweifelhaft auch die Freiheit der Terminspekulation bisher gehörte. Wenn aber ehedem die Feudallasten als nicht mehr zeitgemäß gefallen sind, so gilt heute das Gleiche für die nicht minder drückenden Lasten, die von der Spekulation bislang den Erzeugern und Verzehrern auferlegt wurden. Wie damals die Feudalherren sich fügen mußten, so wird auch in unseren Tagen der Handelsstand gezwungen sein, sich in die neue Ordnung der Dinge zu schicken, so oder so. Im Interesse des inneren Friedens ist zu wünschen, daß er es thun möge in dem Sinne des Sprichworts: „Was dem Einen recht ist, ist dem Anderen billig", d. h. mit Bezugnahme auf den vorliegenden Fall: Die Gleichheit vor dem Gesetze gilt ebenso gut für die Vertreter des Handels wie für die Erzeuger und Verzehrer.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 29. Dezbr.

Berlin. Gegenüber der neuerdings wieder aufgetauchten Nachricht, der Kaiser werde im Frühjahr nächsten Jahres eine Reise nach Palästina unternehmen und auf der Rückreise sich über Petersburg nach Odessa begeben, versichert die „Kreuzztg.", daß von derartigen Plänen an den Stellen, die davon unterrichtet sein müßten, nichts bekannt ist. — Der General z. D. v. Woyna ist heute in Bonn im 78. Lebensjahre gestorben. — Staatssekretär Frhr. v. Marschall ist von Neuem erkrankt und muß seit Donnerstag das Bett hüten; neuerdings hat sich sein Befinden wieder etwas gebessert. — Aus den neueren Schiffsnachrichten ergiebt sich, daß die deutschen Seestreitkräfte vor Manila nicht verstärkt worden sind, wie aus der Ankunft des Kreuzers „Irene" mit dem Kontreadmiral Tirpitz an Bord auf der Rhede von Manila geschlossen worden war. Die „Irene" hat nur den Kreuzer „Arcona", der seit November dort lag, abgelöst. — Der „Staatsanzeiger" veröffentlicht amtlich das Konvertirungsgesetz und zugleich die vom Finanzminister dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen. Diejenigen Inhaber von 4-prozentigen Konsols, welche die Baarzahlung des Kapitalbetrags verlangen, müssen dies spätestens bis 20. Januar k. Jahres schriftlich unter Einreichung der Schuldverschreibung bei der Kontrole der Staatspapiere in Berlin beantragen; thun sie das nicht, so wird ohne Weiteres angenommen, daß sie mit der Umwandlung der Schuldverschreibung in 3½-prozentige einverstanden sind. — Das Duell zwischen dem preußischen Legationssekretär Frhrn. v. Wangenheim und dem Premierleutnant Grafen v. Uerküll hat, wie der „Nat.-Ztg." aus Stuttgart geschrieben wird, in der Oeffentlichkeit um so peinlicheres Aufsehen erregt, als dabei Persönlichkeiten mitgewirkt haben, welche sich dessen nach den Reichstagsverhandlungen über das Duellunwesen hätten enthalten müssen. Unparteiisch waren dabei der Kommandant von Stuttgart, Generalmajor v. Schott, Sekundant des Frhrn. v. Wangenheim, und der preußische Gesandte Dr. v. Holleben. Als Arzt fungirte der Generalarzt v. Burkhardt. — Prof. Emil Behring in Marburg, der Entdecker des Diphtherieheilserums, feiert heute seine Hochzeit mit der Tochter des Direktors der hiesigen Charitee, Geh. Oberregierungsraths Spinola.

Berlin. Der Bundesrath tritt nächste Woche wieder zusammen. Demselben wird der Entwurf eines Gesetzes über das Auswanderungswesen zugehen. — In der Privatklage des Pfarrers Witte gegen den Hofprediger a. D. Stöcker ist auf den 29. Januar vor dem hiesigen Landgericht Termin angesetzt.

* **Köln.** Der „Köln. Ztg." wird aus Essen gemeldet: Auf der Zeche „Ludwig" gerieth der Förderkorb unter das Seilgerüst. Von den 15 Insassen desselben wurden 13 verletzt.

Karlsruhe. Der badische Landtag wird zum 12. Januar zu einer außerordentlichen Session einberufen, um über die Konvertirung der 4-prozentigen badischen Anleihen in 3½-prozentige zu beschließen.

Rom. San Anna di Eplago (Provinz Modena) droht durch einen Erdrutsch vollkommen vernichtet zu werden. Bis jetzt sind schon 118 Häuser eingestürzt. Die Bevölkerung kampirt im Freien oder in Kirchen und in fester gebauten Palästen. Die ersten Anzeichen der Erdbewegung wurden schon vor einigen Tagen wahrgenommen. Die Ursache ist, daß das Wasser der über der Ortschaft liegenden Seen auf unterirdischem Wege den Boden unterspülte. San Anna ist einer der besuchtesten klimatischen Kurorte Oberitaliens. Ein ähnliches Schicksal bedroht die Gemeinde Cellene (Provinz Viterbo). Der auf Tufshügeln mit thönernem Untergrund gelegene Ort ist vom Wasser unterspült und droht einzustürzen. Ein Theil der Gemeinde, in dem auch die Kirche liegt, ist geräumt.

London. Nach einer Meldung aus Bilbao ist der Dampfer „Carranza", von Rotterdam nach Bilbao unterwegs, bei Kap Ayo (Spanien) gänzlich verloren gegangen. Sechs Personen der Mannschaft wurden gerettet, 15 Personen werden vermißt.

London. Wie der Korrespondent des „Daily Chronicle" in Rom erfährt, soll die spanische Regierung bei den Kabinetten in Paris, London und Rom angefragt haben, welche Haltung sie im Falle eines Kriegs zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten einzunehmen gedenken. Darauf hätten Frankreich und England erklärt, daß sie außer Stande seien, eine endgiltige Antwort zu ertheilen. Italien habe das Anerbieten gemacht, zur Herbeiführung eines freundschaftlichen Uebereinkommens behilflich zu sein, ohne jedoch Spanien Unterstützung gegen die Vereinigten Staaten zu versprechen. Der Korrespondent erfährt ferner, daß auch mit anderen europäischen Kabinetten fortdauernde Unterhandlungen schweben. (Das deutsche Auswärtige Amt läßt hierzu erklären: Soweit sich diese Angabe etwa auf deutsche Einmischung in spanische Kolonial-Angelegenheiten beziehen sollte, ist sie gänzlich unbegründet.)

Petersburg. Die heute bei der russisch-chinesischen Bank eröffnete Subskription auf die Aktien der chinesischen Ostbahn wurde wegen Ueberzeichnung bald geschlossen.

Warschau. Nach weiteren Berichten über das Befinden des Grafen Schuwalow ist dasselbe trotz der neu aufgetretenen Symptome noch immer ohne augenblickliche Gefahr.

Sofia. Da infolge der Unterzeichnung des österreichisch-bulgarischen Handelsvertrages vom 13. Januar 1897 ab ein 14-prozentiger Einfuhrzoll in Kraft tritt, hat die Regierung ein Rundschreiben an die anderen Mächte gerichtet, in welchem sie um die Zustimmung der betreffenden Regierungen zu dem Inkrafttreten eines gleichen Zollsatzes ersucht.

Washington. Staatssekretär Olney und der spanische Gesandte Dupuy de Lome haben sich, wie verlautet auf Grund einer offiziellen Mittheilung des spanischen Ministerpräsidenten Canovas, über ein Abkommen mit den Kubanern verständigt. Demzufolge ersucht die spanische Regierung die Vereinigten Staaten, den Aufständischen die vereinbarten Bedingungen mitzutheilen, sucht ihr Bedauern über die Schädigungen aus, welche dem amerikanischen Handel widerfahren sind und stimmt dem Abschluß eines gegenseitigen Vertrags zu, welcher Amerika für diese Schäden schadlos hält. Bei seiner Mittheilung erklärt Canovas ferner, Spanien nehme die guten Dienste der Vereinigten Staaten als Vermittler und Bürgen für die zu gewährende Autonomie und die Ausführung der geplanten Reformen an. Die Form der den Kubanern angebotenen Regierung würde sich auf eine Unabhängigkeit beschränken, wie sie nur irgend einer Provinz ohne vollständige Trennung vom Mutterlande gewährt werden könne.

Die heutige **Berliner Börse** begann in etwas reservirter Haltung. Die Kasse setzten nur meist knapp behauptet ein, bald jedoch trat auf der ganzen Linie eine kräftige Befestigung ein, die ihren Ausgang vom Montanaktienmarkte nahm, an welchem die Nachricht aus Essen stimulirte, daß man auf's Neue mit einer Erhöhung der Staatskohlenpreise vorgehen werde. Weiter wurde beachtet, daß der Geldstand sich wesentlich erleichtert hat und daß die Ansicht immer mehr Boden gewinnt, daß zu Beginn des neuen Jahres ein bemerkenswerther Rückfluß von Geldmitteln stattfinden werde. Weiter wurde hervorgehoben, daß die hiesigen großen Bankinstitute neue große Finanzgeschäfte einleiten, für welche die Prospekte entweder bereits vorliegen oder in nächster Zeit zu erwarten sind. Bankaktien setzten, außer Kreditaktien, die Anfangs auf Wien leicht abgeschwächt waren, behauptet ein, befestigten sich später merklich. Das Geschäft war lebhaft, namentlich waren Kommanditantheile, Deutsche Bank, Nationalbank und Handelsantheile im Verkehr. Eisenbahnaktien und zwar einheimische wie fremde Bahnen, niedriger einsetzend, erholten sich später, das Geschäft blieb aber still. Von Montanaktien waren in erster Linie Kohlenaktien umgesetzt, die Kurse namentlich in der zweiten

Meine Frau sagt: **Triumph-Seife** ist doch die beste für Kräfte und Hautfarbe